

Bezugspreis:
Monatlich 4.10 M durch unsere Erzeugnisse
und Agenten frei ins Haus geliefert; bei
Post abgeholt monatlich 4.15 M.
vierteljährlich 12.45 M.; durch den Briefträger
zugestellt monatlich 4.30 M.; vierteljährlich 12.90 M.

Frei-Beilagen:
Sommer- und Winterfahrplan.
Nassjauch-Landwirtschaft.

Erscheint täglich
außer an Sonn- und Feiertagen.

Maffauer Bote

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Zeile oder deren Raum
70 Pfg. Bei Stellengeldern und Zeit-
angeboten ist die vierte Aufnahme umsonst.
Kleinanzeigen 1.80 M. die Zeile.

Anzeigen-Annahme:
Für die Tagesausgabe bis 5 Uhr am Vorabend.
Nach 5 Uhr bei Wiederholungen und
pünktlicher Bezahlung.

Geschäftsstelle: Dierzerstraße 17
Telephon-Nr. 12. 82
Postfach-Nr. 12. 82 Frankfurt.

Nr. 272. Elmberg a. d. Lahn, Mittwoch, den 24. November 1920. 51. Jahrgang.

Neues vom Tage.

Anfang Dezember werden in Brüssel die Sachverständigen der Alliierten zusammenkommen, um die einzelnen Forderungen der alliierten Staaten zu prüfen.

Der Tempus glaubt, daß eine Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Ministerpräsident Legergues in etwa zehn Tagen stattfinden werde.

Nach einer Meldung des Welt Briefens aus Brüssel werden auch belgische Soldaten sich an der Verhandlung der Volksabstimmungsgesetze in Litauen beteiligen.

Wie aus Beking gemeldet wird, weigert sich die chinesische Regierung, das von Japan verlangte Recht anzuerkennen, das Japan Unruhen in der Mandschurei eigenmächtig vorgehen zu dürfen.

Präsident Wilson bereitet eine neue kurze Botschaft an den Kongress vor.

Bei der Festsetzung der armenischen Grenze, welche Präsident Wilson gemäß dem Vertrage von Sevres schiedsrichterlich vorgenommen hat, soll das armenische Gebiet zugunsten der Armenier ausfallen.

Die armenischen Streitkräfte haben sich zurückgezogen und nach Ausmarschieren. An der Ostfront ziehen sie sich in guter Ordnung zurück, nachdem die Türken durch eine Division verstärkt worden sind.

Bei dem Eisenbahn-Unfall vor Marienburg (Ostf.) sind 20 Personen ums Leben gekommen, 11 schwer verletzt worden.

In Bologna (Italien) kam es im Verlaufe der ersten Sitzung des neuorganisierten Gemeinderats zu Aufruhr zwischen linken Sozialisten und Sozialisten. Es wurden Schüsse abgegeben, 7 Personen wurden getötet und etwa 20 verletzt.

Warum der russische Bolschewismus sich bisher hielt.

Ueber den Bolschewismus in Russland ist in den zwei ersten Jahren nach seinem Machtantritt Ende 1917 wenig Bekanntes bekannt gewesen, um so mehr war die Meinung verbreitet, dass er nicht lange bestehen würde, insbesondere dann, wenn die bolschewistische Führung, um sich zu halten, Kriminelle einschloß und ihre Praxis gewalttätig ändern mußte. Jetzt aber ist der Bolschewismus noch nicht. Seine begabtesten Führer haben durch Zuzugewandte in der Praxis die reine revolutionäre Lehre der Diktatur des Proletariats zu retten.

All das ist möglich, weil im größten Teile Russlands wirtschaftlich wenig entwickelte, urwälderreiche Verhältnisse herrschen. 86 Prozent der Bevölkerung wohnen auf dem Lande, können sich also im Notfall durch die Selbstversorgung und nach dem Ausfall der Natur unendlich geduldet gegenüber Schicksal und Leid, durch jahrhundertlange Unterdrückung an Geduld gewöhnt. Nachdem die bisher darstellende und geknüpfte ländliche Bevölkerung in der Landverteilung ihren Landhunger gestillt hat, ihre Herren, die Großgrundbesitzer, verjagt, Selbstverwaltung erreicht hat, spürt sie wenig Interesse mehr an staatlichen Umwälzungen um einer Theorie willen, um geringe und politische Bewegungen kümmerte sie sich bisher nicht in den verkehrsarmen Landschaften, über die sie gestreut ist. In den Städten, wo nur 14 Prozent der Bevölkerung wohnen, herrscht die kommunistische Partei, die in ganz Russland nur 604 000 Mitglieder zählt, mit Waffengewalt nicht bloß über das Proletariat, sondern auch über das Proletariat, das sich dieser Partei in die Arme warf, und nun in ihrer Gewalt ist. 89 Prozent der Anhänger der kommunistischen Partei haben Beamtenbüschen der bolschewistischen Regierung ernannt, sind also an der Aufrechterhaltung der Diktatur interessiert; die bolschewistische Soldateska ist es nicht minder. Das russische Volk hat also die alte zaristische Gewalttätigkeit mit einer neuen eingetauscht, in der jedoch weitaus mehr Verbrechen sich befinden, wie in der früheren. Auch die neuen Gewalttätigkeiten haben sich, daß sie die Gewalt nur anwenden, um das Volk zu beglücken. Welcher Gewalttätigkeit hätte das überaus nicht gewollt und gefordert?

Die 86 Prozent der Bevölkerung, welche auf dem Lande wohnen, haben sich die von den Bolschewisten angeordnete Landverteilung gern gefallen lassen, auch die Diktatur der Kommissare der Dorfverwaltung, von denen jeder Kolonistende ausgesprochen ist. Die meisten auf dem Lande waren sich blutarm. Dabei denken jedoch die neuen Kleinbauern, die nur Kleinrentenempfänger beibehalten dürfen, nicht kommunistisch; sie sehen sich als Eigentümer an und machen bei Durchführung der Bodenreform die vorgeschriebene Ablieferung der Lebensmittel dieselben Schwierigkeiten wie auch die Privilegierten, die machen kann. Militärische Verteilung von Getreide usw. wurde auf dem Lande alsbald nötig. Auf den Ruf der Bauern-Vereinigung, die Bauern möchten sozialisierte landwirtschaftliche Großbetriebe einrichten, gehen nur wenige ein. An das Recht der neuen Regierung, die Landverteilung von Zeit zu Zeit neu zu revidieren, sieht das russische Landvolk sich weniger. So vielfach von alte aber in Russland eine solche Regierung durch die Gemeinde üblich war. Das man trotz der Landverteilung nur schlecht lebt, ist der Mangel der Landbevölkerung und nicht Neues. Wer dem Verleumdung drei Viertel der Bauern nicht hinreichend war. Die russische Weltanschauung, das war schon damals bekannt, war nur auf dem Wege dahin, daß den Bauern das durchaus nicht für russische Getreide abzugeben wurde zur Bewahrung der Steuern, der unentbehrlichen Bekanntheit und der Provinzialität.

Aus allem diesen Gründen findet sich die Landbevölkerung, welche 86 Prozent des russischen Volkes darstellt, geduldig mit dem Bolschewismus ab,

der bis heute auf dem Lande nicht ernsthaft wurde.

Aus gegenwärtigen gegenteiligen Gründen ist es aber ausgeschlossen, daß in Deutschland jemals die ländliche Bevölkerung, die aus Mittel- und Kleinbauern besteht, sich für die kommunistischen Pläne einer Diktatur des Proletariats gewinnen oder gewalttätig unter die Felle heugen ließe. Daß die notwendigen Lebensmittel für die Städte und Industriebezirke sich niemals durch Zwangsarbeit und Zwangsablieferung der deutschen Bauern beschaffen lassen, sollten heute auch die deutschen Kommunisten beifallen haben. Sonst werden sie es bei einem Durchbruch sehr leicht erfahren.

Das Reichsgericht für Religionsunterricht.

* Leipzig, 22. Nov. In dem Streit zwischen der Reichsregierung und dem Freistaat Sachsen über die Frage der Erteilung von Religionsunterricht an den Volksschulen hat das Reichsgericht dahin entschieden, daß die Bestimmung des sächsischen Übergangs-Gesetzes vom 22. Juli 1920, wonach künftig in den staatlichen Volksschulen kein Religionsunterricht mehr erteilt werden soll, mit den Vorschriften der Reichsverfassung in Widerspruch steht. In gleicher Weise hat das Reichsgericht auch die Bestimmungen der Arbeiter- und Soldatenräte in Hamburg und Bremen, durch die der Wegfall des Religionsunterrichts in allen staatlichen Schulen vom Januar 1919 ab angeordnet ist, als mit der Reichsverfassung unvereinbar erklärt.

Da nach Artikel 13 der Reichsverfassung Religionsunterricht nicht erteilt werden darf, wenn die Landesgesetzlichen Bestimmungen in Sachsen, Hamburg und Bremen über die allgemeine Volksschule des Religionsunterrichts mit dem Inkrafttreten der Reichsverfassung ihre Wirksamkeit verloren haben, und daß nunmehr in diesen Ländern der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in den Schulen gemäß Artikel 149 der Reichsverfassung eingeführt oder aufrechterhalten werden muß.

Drohende Verfallenderung von Reichsgut.

Ein Geschäft der Deutschen Reichswerke A.-G.

Berlin, 22. Nov. Die „Rost. Ztg.“ bringt eine Meldung über die Verfallenderung von Reichsgut. Danach haben die Deutschen Reichswerke A.-G. mit einem Rücktrag von Berlin am 16. September einen Bericht abgegeben, der im wesentlichen darauf hinausläuft, daß nach auf Kosten des Reiches ein Geschenk von mindestens 100 Millionen Mark gemacht werden ist. Ueber den Inhalt des Berichts wird u. a. bekannt: Nach wurde die Wertung aller Werkzeuge und Maschinen der Deutschen Reichswerke übertragen. Die Direktion dieser Reichswerke hatte nach der Verfallenderung der Werkzeuge und Maschinen es zu sein scheint, wichtige Inventarstücke von Maschinen, Werkzeugen, etc. auf das Ausland zu verkaufen, die Verwertung aller Werkzeuge und Maschinen übertrug die durch die Verfallenderung des Reiches überflüssig geworden waren. Es handelt sich um eine Gesamtmaschinensammlung von schätzungsweise 47000 Tannern. Nach leistete eine Anzahl von 50 Millionen Mark. Nach dem Urteil von Sachverständigen befinden sich unter den zu verkaufenden Maschinen 30 000 Tannern durch 17 000 Tannern für die Verfallenderung in Betracht kommen. Für gebrauchte Maschinen zahlte nach nur 210 Mark pro Tonne an die Reichswerke, während die Maschinen einen Wert von 6-8 Mark pro Tonne haben. Hierbei allein erzielte nach einen Gewinn von etwa 117 Millionen Mark. Es handelt sich hierbei um Maschinen, die während des Krieges bei einzelnen deutschen Werksbetriebsunternehmen im Interesse der Durchfuhrung des Sinterbrennens beschlagnahmt wurden für die bei diesen Fabriken noch vorrätigen Maschinen. In Betracht kommenden Maschinen hätten die Maschinenfabrik sehr anzuwenden zur Herstellung von Sinterbrennen. Der Vertrag stellt eine unmittelbare Schädigung des Reiches dar, nämlich durch eine Schädigung der deutschen Werksbetriebsindustrie. Der „Rost. Ztg.“ wird von antwortender Stelle die Mitteilung dieser Mitteilungen bestätigt. Der Vertrag zwischen den Reichswerken und nach ist von der Direktion selbstständig ohne Wissen und Genehmigung des Reichsrats abgeschlossen worden. Wie das Blatt weiter führt, ist inzwischen angeordnet worden, daß der Vertrag dem Reichsrat vorzulegen und einer nachträglichen Prüfung unterworfen wird. Man nimmt an, daß der Reichsrat den Vertrag annullieren wird.

Die Verschuldung der deutschen Städte.

Kreditverweigerung für die Stadtgemeinde Berlin.

Berlin, 22. Nov. Aus der am 20. November in Köln zu Ende gegangenen Tagung des Deutschen Städtebundes geht mit erschreckender Deutlichkeit die ungeheure Finanznot der großen Mehrzahl der deutschen Städte hervor. Von 1914 bis 1919 sind die Schulden von etwa 150 deutschen Städten um mehr als 100 Prozent und von da nochmals um weitere 50 Prozent angestiegen, während die Einkommensgaben von etwa 70 preussischen Städten 1914 rund 1,5, 1919 rund 3 und 1920 rund 5 Milliarden betragen haben. Insbesondere ist die Lage der Stadt Berlin geradezu katastrophal. Es ist kein Geheimnis mehr, daß die Banken in der letzten Zeit

der Reichshauptstadt jeden weiteren Kredit verweigern. Fast sämtliche deutsche Städte befinden sich in einer desolaten Finanzlage, daß sie der dringenden Unterstützung des Reiches bedürfen. Die Verarmung wachte sich auch mit großer Schärfe gegen die allmähliche Entvölkerung der Selbstverwaltung der Gemeinden und erklärte in einer Entschließung den Entzug des preussischen Kultusministers, der die Gewährung staatlicher Zuschüsse an kommunale Anstalten von dem Verzicht auf eine Reihe kommunaler Selbstverwaltungsrechte abhängig machte, für unannehmbar.

Die Militärgewalt in Dnzig.

Danzig, 22. Nov. Oberbürgermeister Sahm, der gestern früh aus Genu zurückgekehrt ist, teilte heute Vermittlungsbefehlungen Einzelheiten über die Genuer Verhandlungen mit. Nach seinen Ausführungen wird Danzig keine polnische Garnison erhalten. Polen kann viel mehr, und auch das nur mit Zustimmung des Völkerbundes, von Genu zu Genu ein militärisches Mandat über Danzig erhalten, um seine Forderungen einer anderen Stadt gegenüber, mit der es im Krieg steht, durchzusetzen zu können. Natürlich ist diese Jubilation einer gewissen militärischen Basis im Verlaufe der freien Stadt von Genu ein Damoclesschwert, das Danzig über Danzig hängt.

Abbruch der neuen poln.-russischen Verhandlungen.

Danzig, 22. Nov. Bei den polnisch-russischen Verhandlungen war bis gestern keinerlei Ergebnis zu erzielen. Trotzdem geht die Meinung des polnischen Ministers Dombowski dahin, daß die Verhandlungen verlängert werden würden. Die polnische Regierung verweigert sich nach wie vor, die polnischen Kriegsgefangenen freizulassen. Der russische Völkerbund-Vollmacht hat schließlich gestern abend der polnischen Delegation eine Note vorgelesen, in der er sich weigert, daß die Verhandlungen abgebrochen werden. Die polnische Regierung des Völkerbundes wird durch diese Note sehr überrascht sein.

Das Meer Wrangels in Gefahr?

London, 22. Nov. In einer Unterredung mit dem Konstantinopeler Berichterstatter der „Evening News“ an Bord des Dampfers „Korneloff“, der mit 70 anderen Schiffen im Schwarzen Meer liegt, erklärte Wrangel, sein Meer sei intact geblieben, um den Kern eines neuen Meeres bilden zu können; er sei bereit, den Bolschewisten auf einer anderen Front Widerstand zu bieten. Alle Gewehre und Maschinengewehre seien gerettet; nur die Batterien und die Tanks seien vernichtet worden. Es sei ihm jedoch nicht möglich gewesen, die Munition zu vernichten. Er habe sich außerdem genötigt gesehen, 15 000 verwundete Soldaten zurückzulassen, während er im Gefolge 14 000 Mann, viele Offiziere mitnahm. Vorläufig werde die Infanterie nach Kollid und die Soldaten nach Vennos übergeführt werden. Der Berichterstatter der „Evening News“ hat seinen Bericht hinzugefügt, daß unter den Truppen Wrangels die untergroßen Mannschaften an Wasser und Lebensmitteln leiden. Zahlreiche Fälle von Geisteskrankheiten und Selbstmord vorkommen.

Die angegebene Infanterie der Armee Wrangels hat sich bei Kollid gehalten, trotz auf das auf die Soldaten ihre (Hoch) des Generals v. Wrangel und seines Stabes beschrankten. Die russ. Generale haben in solchen Fällen noch immer die für sich zu verantworten. Dem armenen Marine aber, der auf die Schiffe der Infanterie zurückzuführen, ist es nicht möglich gewesen, Wrangel von Vennos nach Kollid zu bringen, so daß Wrangel und seine Soldaten in Kollid geblieben sind, falls sie ihren Widerstand noch brauchen will.

Revision des Vertrages von Sevres.

Begünstigung der Türkei gegenüber Griechenland.

Paris, 22. Nov. Aus der heutigen französischen Presse geht einmütig hervor, daß man im Quai d'Orsay die Lösung ausgesprochen hat, für die Revision des Vertrages von Sevres einzutreten, der den Türken so lästig mitgefallen hat, daß sie ihn nicht annehmen wollen. Gleichzeitig sucht man alle vom König Konstantin jemals begangenen vermeintlichen Sünden wieder hervor, um sie bei der heutigen Gelegenheit wieder ins richtige Licht zu stellen und man fordert anscheinend auf einen höheren Bund, den vom Sekretär des Königs der französischen Presse gegebenen Versicherungen nicht zu glauben. Lord Derby will zudem eine Besanuna zwischen dem französischen Regierungschef mit Lloyd George herbeiführen und dennoch behauptet man in Paris gleichzeitig, daß die heraldische Überreinsimmung zwischen den beiden Regierungschefs herbeiführen werde, was die Rückkehr Konstantins auf den Thron angehe, spricht man immer noch viel von der bevorstehenden „gemeinsamen Erklärung“ der beiden Regierungen, die die Ereignisse in Griechenland näher beschreiben und die Stellung der Alliierten zu Griechenland und zu Konstantin klären sollen.

Paris, 22. Nov. Der französische Ministerpräsident Legergues reist dieser Tage nach London. Er wird mit Lloyd George verhandeln über den Vertrag von Sevres revidieren. Die französische Politik hat also plötzlich eingelenkt, daß Griechenland gar kein Anrecht hat auf Thrazien und Smyrna. Wahrscheinlich wird man das Selbstbestimmungsrecht der Völker wieder zu Ehren kommen lassen u. den Bulgaren und Türken die verlorenen Provinzen zurückgeben.

Was dem katholischen Volke heute geboten wird!

Von gut unterrichteter Seite wird uns geschrieben:

Raum gläubliche Sachen hören wir vom Westwall. Kein nähere Erklärungen beistimmen und die Wahrheit der für die Offiziellen haben. Unter den aus der Provinz Polen in Folge der staatlichen Veränderungen in unsere vertriebenen Lehrern befindet sich auch ein in dem ganz katholischen Dorf Sintermeilingen seit 24 Jahren angestellter Herr. Dieser Lehrer geht, wie das Volk beobachtet haben will, fast nie zur Kirche und soll in der ganzen Zeit seines dortigen Wirkens, also etwa seit einem halben Jahr, etwa einmal den sonntäglichen Gottesdienst besucht haben — ein katholischer Lehrer! An Allerheiligen kam er, als seine Mitbürger und Schulkinder aus dem Dorf zum Gottesdienst einluden, mit seinen beiden Söhnen, die über zehn Jahre alt sind, zum Gottesdienst. Wie der Vater, so gehen auch die Söhne nach der Beobachtung von Groß und Klein fast niemals zur Kirche. Welch ein Beispiel für Eltern und Kinder! Es begreift sich, daß die den Unterricht des Lehrers befehrenden Schüler von diesem die in der Kirche stehende Abkehrung, daß man nicht so oft zur Kirche zu gehen braucht, im Orte verbreiten und auf das Beispiel des Lehrers hinweisen. Welche Früchte müssen solche Lehrer und solche Beispiele zeitigen! Der Mann, der jetzt in Russland so verderblich wirkt, ist doch ebenfalls auch an der Spitze seines früheren Wirkens ein katholischer Geistlicher des streng verpflichtenden Kirchengebots über Besuch der heiligen Messe an Sonn- und Feiertagen gewesen. Jeder gläubige Mensch hat gewiß Mitleid mit den durch die Gewalt der Polen aus ihren Wohnsitzen verdrängten Landsleuten und wünscht ihnen in der deutschen Heimat ein Unterkommen. Wenn aber jemand dort zum Erzieher der heranwachsenden Jugend und damit des Volkes bestimmt werden soll, dann müssen sich diejenigen, welche ihn zu einem so bedeutsamen und verantwortungsvollen Amte bestimmen, erst vergewissern, ob er zum Aufnehmen der Niederreihen geeignet ist, ob sein Beispiel keiner dem Verfall eines Erziehers entspreche. Und hat die Behörde es verkannt gemäß ihrer Verantwortlichkeit vor Gott u. dem Volke sich über die Eignung eines von ihr zu berufenden Mannes zum Erziehervorteil zu vergewissern, so muß sie ihren Verfall befehlen. Solange dessen Willkür zu Tage treten, durch Entfernung eines solchen Mannes aus seinem Amte und Unterbringung in anderer Veranlassung gut zu machen. Unser katholisches Volk wird sich einen Lehrer von der gekündigten Eigenart nicht gefallen lassen, sondern der Regierung klar machen, daß es seinen Glauben von den Erziehern seiner Kinder will geachtet und profitlich gelehrt wissen. Unsere katholischen Eltern wissen, daß sie vor allen andern Recht und Willkür haben, wahrhaft gläubige Erzieher für ihre Kinder zu verlangen u. solche, die statt zu erziehen, vielmehr durch ihr unfähiges Beispiel die Kinder verführen, abzulehren. Katholisches Volk, lerne in unserer überaus ernsten Zeit begreifen, was dir die Regierung im demokratischen Staat zu bieten mag, und wehre dich aus allen Kräften mit allen erlaubten Mitteln dagegen. Frisch an's Werk! Es geht um die Seelen deiner Kinder!

Die deutsche Universität Prag in Reichenberg.

Prag, 22. Nov. Wie aus Reichenberg gemeldet wird, haben der akademische Senat und die Vertreter der Studentenschaft der Universität Prag gegen die Stimmungen eines Senats in Folge der letzten Beschlüsse in Prag die Verlegung der Träger deutschen Volksschule nach Deutsch-Böhmen beschlossen und Reichenberg hierfür in Aussicht genommen. Dort haben sich bereits viele vertretene Träger Studenten angehängt, die heute vor dem Senat eine öffentliche Erklärung abgibt.

Weitere Erhöhung der Postgebühren.

Berlin, 22. Nov. Die neuen Postgebühren werden trotz der letzten beträchtlichen Erhöhungen, die ein Hülfsmittel gegen die Friedenspreise bedeuten, noch immer nicht, um den Fehlbetrag bei der Reichspost zu decken. Gut unterrichtete parlamentarische Kreise sind der Ansicht, daß der Reichstag sehr bald vor die Frage gestellt wird, ob die notwendigen Beiträge aus Steuern oder durch eine neue Erhöhung der Gebühren gedeckt werden sollen. Die Postverwaltung selbst hat sich bei der letzten Erhöhung auf den Standpunkt gestellt, daß die allgemeinen Steuern nicht zur Deckung der Fehlbeträge der Reichsbetriebe verwendet werden dürften. In diesem Falle müßten die Gebühren um volle hundert Prozent erhöht werden. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß die Vorarbeiten für einen entsprechenden Gesetzesentwurf bereits begonnen haben.

Erhöhung der Fernspreckgebühren.

Berlin, 22. Nov. Von ausländischer Stelle erfahren wir, daß im Reichspostministerium zurzeit eine neue Fernspreckgebührenordnung ausgearbeitet wird, der eine Staffelung der Gebühren zugrunde gelegt ist. Die Staffelung stützt sich auf das Prinzip, daß derjenige Fernspreckteilnehmer, der den Fernspreckhörer in Anspruch nimmt, mehr zahlen soll, als derjenige, der ihn weniger benutzt. So die Beratungen über den Entwurf noch nicht abgeschlossen sind, läßt sich noch nichts darüber sagen, welche endgültige Gestaltung er annehmen wird.

10. Kongress der christlichen Gewerkschaften in Offen.

2. Tag.

R. M. Offen (Mahr), 21. Nov.

Zu Beginn der heutigen Versammlung begrüßte Reichsarbeitsminister Dr. Brauns als Vertreter des Reichstages u. des Kabinetts die Versammlung und wies auf die enge Verbindung zwischen Industrie, christlichen Gewerkschaften und Reichsarbeitsministerium hin. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen betonte Redner die Notwendigkeit der Unterordnung der Arbeiterinteressen in die Gesamtheit des Staates. Nur der Gedanke intelligenz Zusammenarbeitens über die Konfession und den Stand hinaus, wird Deutschland wiederum zur Höhe führen. (Starker Beifall.) Es folgten eine Reihe weiterer Begrüßungsansprachen, u. a. durch Regierungsräsident Dr. G. H. Müller für die Regierung, Generalsekretär Müller für den Verband katholischer Arbeitervereine, Pfarrer Jäger-Vieland für die evangelisch-sozialen Vereine, Dr. Most für die Reichsföderation der deutschen Volkspartei, Staatssekretär Becker im Namen der Zentrumspartei, schließlich noch Frau Behm für die Deutschnationale Volkspartei.

Dann sprach Staatsminister Siegerwald über „Die christlich-nationale Arbeiterschaft und die Lebensfragen des deutschen Volkes.“ Redner führte u. a. aus: „Um Wiederherstellung des Vaterlandes mühten im Sinne einer konstanten äußeren und inneren Politik die vaterländisch, christlich, volkstümlich und wahrhaft sozial denkenden Kreise aus allen Volksschichten zusammengefaßt werden, auch parlamentarisch. Angesichts der Notwendigkeit, das ganze öffentliche Leben mit einem wahrhaft christlichen Geiste zu durchdringen, sei für die christliche Arbeiterschaft das gemeinsame Parteiprogramm unerlässlich. Der Redner begründete dies im einzelnen und mahnte die unheilvolle Wirkung der parteipolitischen Zersplitterung u. des dadurch notwendig gewordenen Koalitionssystems in den Landtagen. Die Forderung, die der Redner heraus zieht, ist die Schaffung einer großen gemäßigten Volkspartei auf christlicher und nationaler Grundlage. Die Schaffung zwischen Katholiken und Protestanten müßte auf vortopolitischem Gebiet aufhören. Unbedingt müßte die neue Partei ein entschiedenes demokratisches und soziales Bekenntnis tragen. Von der Sozialdemokratie könne die vortopolitische Gestaltung nicht ausgehen; der Sozialismus befindet sich zwar in einer schweren inneren Krise, aber die Partei sei nicht imstande, sich von den Fesseln ihrer Vergangenheit zu befreien. Siegerwald appelliert deshalb an die christlichen Gewerkschaften, für die es unerlässlich sei, daß gegenwärtig die Mitglieder dieser Gewerkschaften auf Koalitions- und Oppositionsparteien verteilt seien, daß ferner in einer u. derselben Partei Gewerkschaftler und Arbeiter seien. (Stürmischer Beifall.) Auch die christlichen Gewerkschaften brauchen einen festen vortopolitischen Rückhalt. Eine neue Massenpartei solle damit nicht vertreten werden. Was wir brauchen, sei eine Volkspartei, die alle sammle, die auf dem Boden der alten deutschen christlichen Volksschule stünden und deren Kerngedanken in die Worte gefaßt werden könnten: deutsch, christlich, demokratisch, sozial. Der Redner gelangt am Schluß zu folgenden praktischen Vorschlägen: Einsetzung eines parlamentarischen Aktionskomitees zur Zusammenführung gleichgesinnter Kräfte; Schaffung einer führenden Tageszeitung; Gründung einer deutschen Volksbank, die die wirtschaftlichen Kräfte der christlich-nationalen Arbeiter, Angestellten, Beamten und der sonstigen ihnen nahestehenden Kreise zur Geltung bringen soll.“ (Stürmischer Beifall.)

Als Resultat des dreistündigen Stegertalbeschlusses werden vier Resolutionen nach kurzer Debatte angenommen, die eine Revision des Reichslois betreffen. Protest gegen die beschlossene Forderung des Reichstages und die Ablehnung der geforderten 800.000 Mark für die Arbeiter mit Volksbank und Parteipresse aufheben.

Eine christlich-sozial Arbeiterpartei lehnt den Kongress ab.

Nach Feststellung eines vorbereitenden Ausschusses für die Vorlesung Stegertalbeschlüsse referierte Reichsarbeitsminister Dr. Brauns über „Die deutsche Wirtschaft im Gegenwart und Vergangenheit.“ Redner schildert ausgehend von der französischen Revolution die Entwicklung der deutschen Wirtschaft im Anfang des 19. Jahrhunderts bis zur gewaltigen Steigerung der deutschen Wirtschaft nach dem Kriege von 1870. Allerdings kam dann die Wirtschaftskrise der achtziger Jahre, bis Bismarck dann die deutsche Wirtschaft vom völligen Handel auf den Schutz ausstellte. Dadurch wurde es möglich, daß Deutschland den Vorrang der anderen Länder gar bald einholte. Die Jahrhundertwende brachte dann die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft zur Weltwirtschaft mit der gleichzeitigen Steigerung und Veredelung der Industrie. Den überaus großen Erfolgen des kapitalistischen Zeitalters stand aber die Vernichtung der sittlichen und sozialen Grundlagen der Menschheit gegenüber, der Rückgang von oben folgte der von unten. Man vergaß den Arbeiter als gleichberechtigtes Glied in Staat und Wirtschaft zu betrachten. Der Sozialpolitik fehlte die Seele. Das mußte namentlich nach dem furchtbaren Kriege zur Katastrophe führen. Jetzt nach dem Frieden von Versailles von einer freien Wirtschaft zu reden, ist ganz unmöglich. Auf allen Seiten bedrückt und eingegrenzt. Mangel im Land, müssen wir uns aufzuraffen suchen nach dem Prinzip der christlichen Solidarität, dann werden wir wieder hochkommen. Der Geist des Christentums stets hilfreich war, wenn man den Mut nicht verlor. (Lebhafter Beifall.)

Der Gemeinschaftsgehalt in Staat und Wirtschaft. Offen, 22. Nov. Im Verlaufe des heutigen Vormittags ist nachstehende Debatte des Reichstages Dr. Schulte von Köln eingeleitet, deren Inhalt gewissermaßen ein Beileid zu obigem Thema liefert:

„Dem Kongress meine besten Wünsche! Möge er helfen, daß endlich wieder wahrhaft christliche Grundzüge ins Wirtschaftsleben kommen.“

Der Kongress antwortete, indem er dem Herrn Reichstagsabgeordneten dankte die übermittelten Wünsche erwiderte und hinzufügte:

„Die christliche Arbeiterschaft ist gewillt, mit größtem Nachdruck für die Befestigung der deutschen Wirtschaft und des Volksebens im Geiste der christlich-sozialen Grundsätze zu wirken. Sie erhofft tatkräftige Unterstützung aller Entschlossenen.“

Reichstagsverhandlungen.

* Berlin, 22. November.

Der Reichstag eröffnet die Sitzung am 1. Uhr. Am Ministertisch: Reichsfinanzminister Wirth, Reichsarbeitsminister Brauns.

Der Reichstag eröffnet die Sitzung am 1. Uhr. Am Ministertisch: Reichsfinanzminister Wirth, Reichsarbeitsminister Brauns.

Abg. Müller-Bräunlich (Soz.) begründet seine Interpellation wegen der Kapitalverschönerungen nach dem Kriege. Schon während des Krieges begannen die Kapitalverschönerungen und sehen sich jetzt fort als Folge der Korruption des Krieges. Sie sind so raffiniert vorgenommen worden, daß man den Scheitern nicht bemerken kann. Um so stärker müssen die angefochten werden, die man überführen kann. Das ist der Fall bei dem Bankhaus Gruber, Philippsohn u. Co. Zu den Beziehungen Grubers gehören neben den realistischen Kreisen namentlich Mitglieder der Familie Hohenzollern. Es fragt sich, wie viele von diesen sich an den Verschönerungen in Waren aller Art beteiligt haben, die etwa 200 Millionen Mark betragen sollen. Ein bekannter General werde ebenfalls in Verbindung mit dieser Affäre genannt. Ein Fürst Radolin, Fürst Müller-Waldau, eine Fürstin Radziwill, ein Graf Schönbörn hätten ein Konto bei Herrn Gruber besessen. Auch die Kronprinzessin habe dort verkehrt. Die gegenseitigen Versicherungen der bürgerlichen Presse genügen ihm nicht als Beweis des Gegenteils. Er frage die Regierung, ob sie Auskunft darüber geben wolle, wieweit die Kronprinzessin, Prinz Witel Friedrich und Prinz Friedrich Wilhelm an den Verschönerungen beteiligt waren. Wie unter diesen Umständen die Rechte von einer Schieber- und Winkelpartei leben kann, ist mir unverständlich. Wie ermannt jedenfall von der Reichsregierung sofortige Eingriffe.

Reichsfinanzminister Wirth: Wir sind in der Lage, nachzuweisen, daß eine Untersuchung bereits am 18. April gegen Schmidt, Schölich und Dr. Bornhardt eingeleitet worden ist in Verbindung mit dem Bankhaus Gruber u. Co., also bereits lange vor dem 2. Juli, dem Tage, an dem die „Berliner“ die Sache veröffentlicht hat. Die Untersuchung ist heute noch nicht abgeschlossen. Was den Fall Gruber angeht, so ist im Reichsfinanzministerium vor einigen Tagen Mitteilung von Kapitalverschönerungen mit Hilfe dieses Instituts gemacht worden. Es wurde sofort die Staatsanwaltschaft benachrichtigt und die Geschäftsbücher beschlagnahmt. Lieber die Verschönerungen selbst, welche mit den Firmen in Verbindung gebracht worden, können noch keine bestimmten Angaben gemacht werden. Fest steht, daß sich unter denjenigen, welche Konten bei der Firma in Amsterdam haben, auch Mitglieder ablieger und fürstlicher Häuser befinden, darunter einige Mitglieder des Hauses Hohenzollern. (Hört, hört!) Es sind auf Grund des Strukturgesetzes sofort Sicherheitsmaßnahmen angeordnet worden, die auch vor den Verschönerungen der früheren Königlich preussischen Bank stehen werden. Nach dem Strukturgesetz sind die Finanzämter zur Anordnung einer Sicherheit bis zu 50 vom Hundert des Vermögens des Steuerpflichtigen berechtigt, wenn Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, daß Vermögenswerte dem Steuerfiskus entzogen werden sollen. Diese Annahme ist bei allen Personen als vorliegend anzusehen, die als Kontoinhaber bei der Firma Gruber festgehalten worden sind.

Auf Antrag Scheidemann (Soz.) wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten.

Abg. Döring (D. R.) wünscht starke Durchführung der Untersuchung ohne Ansehen der Person. Die Interpellation soll aber gerade die Sache politisch ausschließen. Doch dies der Regierung vielleicht nicht angenehm war, geht aus dem Umstand hervor, daß der Reichsfinanzminister die Interpellation beantwortet und nicht der Reichsjustizminister. Was die Kronprinzessin in Amsterdam bei Herrn Gruber haben hat, ist lediglich das Konto für die Unterhaltung des Kronprinzen. (Hört, hört!) Die Hebe des „Bismarcks“ ist lediglich dazu bestimmt, die Liebe, die noch im Volke zum Hohenzollernhaus besteht, zu untergraben.

Abg. Burckhardt (D. R.): Die Verschönerungen des Reichsfinanzministers erscheinen bedenklich, auch im Falle Gruber. Das Sinken der Steuerermittel ist leider nicht zu leugnen. Die Wähler der äußersten Rechten tragen aber hieran einen großen Teil der Schuld. Sie bekämpfen vor allem das Reichsministerium. Ein solches Verhalten ist unzulässig. Doch an den Kapitalverschönerungen auch Personen des hohen Adels und Mitglieder des Reichstages beteiligt sein sollen, wundert mich nicht, denn sie sind doch auch nur Menschen.

Abg. Rühl (D. R.): Die auf der Höhe der Menschheit stehen, haben eine doppelte Verantwortlichkeit zu tragen. Die Majestät des Reichs liegt höher als jede andere Majestät. Meine Partei steht selbstverständlich auch das Bankhaus Gruber in keiner Weise. Sie wird sich aber gegenüber den Verschönerungen die volle Unbefangenheit bewahren und alle Vorurteile nur vom rein sachlichen Standpunkt aus betrachten. Meine Partei hat es sich überlegt, ob es nicht ausreichend sein würde, durch eine einfache Erklärung Stellung in der Angelegenheit zu nehmen und mit der parlamentarischen Kritik zurückzuführen, bis die Gerichte gesprochen haben. Ich habe den Auftrag, über eine solche Erklärung nicht hinauszuweisen, wenn Form und Gang der Verhandlungen nicht eine andere Haltung erforderlich machen würden. Ich glaube, daß dieser letztere Fall eingetreten ist. Der Begründer der Interpellation hat mit verdächtiger Spitzfindigkeit gefragt, ob es Sache der Kronprinzessin sei, mit Schiebern zu verkehren oder nicht. Dieser Punkt verlangt mich, näher und gründlicher auf die Interpellation einzugehen. Sie ist nicht geeignet, dem Redner einen Dienst zu erweisen. Die Interpellanten haben genau gesagt, daß in dieser Sache schon vor ihrer Interpellation gegen Verschönerungen und Verschönerungen der Behörden nachdrücklich eingegriffen worden ist. Es hätte also das Mißtrauen der Interpellation nicht bedurft, um den bedenklichen Apparat in Bewegung zu setzen. Die große politische und journalistische Aufmerksamkeit der Interpellation zeigt, wie es ihnen nur darauf ankommt, den Adel, die Fürsten, die Hohenzollern, die Königin, kurz, das ganze alte System zu mißhandeln. Damit stimmen auch über die Kommentare des leitenden Blattes. Da wird gesprochen von „Millionenschändungen deutscher Fürsten“, eine Unverschämtheit lautet „Gruber, Hohenzollern u. Co.“ (Beifall.) Also darauf kommt es an, daß man in den Vordergrund stellt, was das Haus Hohenzollern betrifft, so sind die Kulturwerte, die es geschaffen hat, in die Scharte geschrieben. Die Aufrechterhaltung des Hauses Hohenzollern können nicht dadurch vernichtet werden. Das feststellen, verlangt die geschichtliche Gerechtigkeit. (Lärm bei den Soz.) Wir halten die Romantik für die bessere Staatsform, weil sie eine über den Parteien stehende Staatsgewalt darstellt und deshalb einer Staatsautorität befähigt entspricht. Wir wissen trotzdem, was wir der Weimarer Verfassung schuldig sind. Im übrigen: wenn Kapital-

verschönerungen vorgekommen sind, ist es bereits im Jahre 1910, also unter der Regierung der Zentrumspartei, geschehen. Was ist nun von den Demagogen zu halten? Da ist z. B. die Rede von einem Adjunkten des Kronprinzen, einem Herrn v. Reichenstein. Es hat niemals einen Kronprinzen Adjunkten dieses Namens gegeben. Die Kronprinzessin soll eine Tochter des Bankiers Gruber bei sich empfangen haben. Die Kronprinzessin hat nie eine Tochter Grubers gesehen. Auch das die Kronprinzessin niemals 60.000 Mark besessen, die verschoben werden könnten. Die Kronprinzessin ist niemals im Hotel Elstanade gewesen. Ebenso war die Familie Gruber niemals bei der Frau Kronprinzessin. Gruber selbst war nur einmal bei ihr. Diese Redereien bedeuten nur Streben nach Illustrierung der Wahrheit. Das Lügenhaft des „Bismarcks“ ist damit aufs Klarste erwiesen. Soweit Verhöre vorgekommen sind, handelt es sich um solche, an denen weder der Kronprinz, noch die Kronprinzessin irgendwelche Schuld tragen. (Lärm links.) Die Interpellation ist nur ein politisches Agitationsmittel. (Beifall, Lärm links, Rufe: Schieber.)

Reichsfinanzminister Dr. Wirth erklärt, die Schandrede teile einem beim Durchlesen der Akten ins Gesicht, wenn man alle die Namen lese, die sich mit einem solchen Winkelschreiber eingelassen hätten.

Abg. Puchta (U. S. V.) legt der Interpellation keine übertriebene Bedeutung bei. Es handle sich nur um einen Auslass aus dem Sumpfe der allgemeinen Korruption. Jede verdorbene Verleumdung folgte Tränen bangender Kinder. Diese Verdächtigungen hätten aber schon aus der Zeit nach der Revolution, müßten also der damaligen Regierung bekannt sein. Damals hat aber die sozialdemokratische Regierung verweigert und so konnte sich das System allmählich konsolidieren und zu einer Größe für uns werden. Seit 20 Monaten hat auf dem Posten des Reichsfinanzministers ein Ungeheuer gefesselt. Die Sozialdemokratie hat es unterlassen, her einen Mann ihrer Partei an die Spitze zu stellen und die Sicherstellung der Kapitalien vorzunehmen, wie es damals noch möglich war.

Abg. Dietrich (Dem.): Die ganze Schandrede erscheint so wenig geklärt, daß meine Partei noch keine Stellung dazu einnehmen kann. Es kann sich hier überhaupt nur um eine Redefrage, nicht um eine politische Frage, handeln.

Abg. Höllein (U. S. V. links): Gerecht ist heute nur der Lohnraub. Alle anderen Steuern stehen auf dem Papier. Die Politik der Rechten wurde heute beleuchtet. Die Luft stinkt gegen die Schieberrepublik und baldig immer noch der verfluchten Schiebermonarchie. Wir beantragen die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Feststellung, ob den Verschönerungen ein strafbares Verbrechen der früheren Regierung zugrunde liegt.

Abg. Emminger (D. R. V.): Wir sind von den Ausführungen des Finanzministers voll befriedigt. Wir bedauern, daß die Interpellation durch die Eintragung von Parteifreiheiten ihren Wert verloren hat.

Abg. Scheidemann (Soz.): Mit der Antwort des Reichsfinanzministers bin ich durchaus einverstanden. Das Wichtigste und Entscheidende ist, daß die Kronprinzessin tatsächlich ein Konto bei dieser Schieberbank hatte. Von dem Augenblicke an, da der Kaiser nach Holland ging, habe ich kein Wort mehr von ihm gehört. Nach einem solchen Sturz vom Gipfel der Macht und Ehre sollte ich es nicht für angebracht, wenn man in ein schwebendes Verhängnis nicht eingreifen will, dann darf man nicht so reden, wie es Herr Rühl getan hat. Gegen Bucherer und Schieber muß man radikallos vorgehen. Die Vorwürfe, daß die frühere Regierung Maßnahmen gegen die Verschönerungen verweigert hat, sind nicht berechtigt. Wir kämpfen gegen Reaktion und Korruption.

Abg. Graf Helldorf (D. R. V.): Die Verschönerungen des Kronprinzen sind ein Fall, der dem Bankhaus Gruber nicht nach meinen Informationen bekannt ist. Die Kronprinzessin hat im Winter 1918 in Holland ein Konto bei einem Bankhause von 6000 Gulden bei dem Grafen dieser Bankfirma in Amsterdam aufbewahrt. Eine Streichenuntersuchung kann erst dann in Frage kommen, wenn nach dem Auslande übertragene Kapital verheimlicht wird und davon ist im vorliegenden Falle keine Rede. Für die Sozialdemokratie handelt es sich hier nur um ein Kampfmittel gegen das Hohenzollernhaus. Die Begründung der Republik ist nicht imstande, eine 600jährige Geschichte auszulöschen. (Großer Lärm; Zustimmung rechts.) Mit allem Unmut von links werden Sie dem deutschen Volke die Liebe und Treue zum Hohenzollernhaus nicht aus dem Herzen reißen. (Lärm links.)

Abg. Reichardt (U. S. V.): Der Reichsminister hat sich leider bei der Nennung der Namen aus den höchsten Kreisen eine große Paraphrasierung aufgelegt. Dem Reichstagsantrag der Linken-Anhängigen kann ich erst zustimmen, wenn der Beweis erbracht ist, daß die Regierung das Mißtrauen verdient. Der Redner verurteilt es, daß Abg. Rühl, ein Jurist und Lehrer der Jugend, sich hierherstellt und den Fehler für die Hohenzollern macht. (Beifall rechts; Beifall links.)

Vermischtes.

* Die irischen Hungerstreiker geprügelt wurden. Die Gefangenen von Cork, deren heroischer Hungerstreik die ganze Welt mit Anteilnahme erfüllt, enthalten sich nun schon mehrere Wochen jeder Nahrung und man ist daher mit größter Sorge um sie. Die irischen Hungerstreiker der Corker Anstalt, der darüber befragt wurde, hat aber das Geheimnis dieser langen Hungerstreiks aufgedeckt, indem er von der Pflege erzählt, die den Hungernden zuteil wird. Um dem Körper die notwendige Wärme zu erhalten und dadurch jeden Wärmeverlust zu verhindern, werden die Gefangenen äußerst warm gehalten. Bettdecken sind in den einzelnen Zellen aufgestellt, so daß die Luft genau die für das Atmen günstige Temperatur erhält; außerdem werden sie mit stets heißen Wärmflaschen umgeben. Die Gefangenen befinden sich in Betten der wärmsten und bequemsten Art. Da sie seit langer Zeit in einem Zustand geistiger und körperlicher Resignation befinden, so ist schwer festzustellen, wie weit ihre Kräfte von Tag zu Tag abnehmen. Da aber die Tätigkeit ihres Organismus auf diese Weise auf das niedrigste Niveau herabgesetzt ist, so ist es durchaus möglich, daß sie noch längere Zeit in dieser Form weiter vegetieren, zumal auch die Wäsche, die sie, wenn es der Zustand erfordert, erhalten, lebendiger länger wirkt. — In engl. Wäldern wird beobachtet, daß den Hungerstreikern von ihren Freunden im Teintwasser heimlich Nahrung zugeführt werde.

* Meine als Hausfrau. Kürzlich ging ich, berichtet Oberstaatssekretär in der „Deutschen Tageszeitung“, zu einem schönen Nachmittag durch die Kaiser-Wilhelms-Anstalt, eine der Hauptversuchsanstalten des Reichs, als ich einem Herrn begegnete, der einen kranken Hund an der Leine führte. Meine Schenkel an den Großhunden gelehrt, so wie ein kleiner Hund, nicht neben seinem Herrn her. Ein vorübergehender Deutsch-Hundebesitzer beobachtet den Hund nicht im geringsten. Doch dieser ungewöhnliche Begleiter des Interessierten der Passanten erregte, war wohl begreiflich.

* Eine heitere Episode trat sich unlängst in Frankfurt in einer der zoologischen Gärten ereignend. Ein heimatliches Fraulein an der Spitze ihrer Begleitung und hat, daß man in der Dämmerung der Gärten, als fast im gleichen Augenblick ein Hund herangerannt kam. Er mußte angenommen haben, daß er eine Wirtin oder Anwesenende für ihn, und er schloß sich demgemäß nach dem Bote und lief davon. Die beglückte Begleitungsperson sprang zwar hinterher, aber der Hirt jagte nur um so schneller von dannen und entkam in der Dunkelheit.

* Fortsetzung folgt.

Die Erbin.

Roman von G. v. d. Sanden.

18) (Nachdruck verboten.) „Nun, ist sie fort?“ fragte er gleichgültig und sah dabei mit einem seltsam veronnenen Blick ins Weite.

„Ja, sie ist fort“, antwortete der alte Baron. Dann schwenkte sie beide und sahen den weißen Herbsthimmel nach, die in der klaren Luft über die fahlen Felder glitten. Doch oben, in der milchig-blauen Ferne des Himmels, schwebten einsam, Edwahlen, wie kleine Punkte, andere sahen in Reihen auf den Telegraphenmasten, um die ersten Reichsleitungen zu pflegen. Nach einer kleinen Weile sagte Baron Dömitz: „Willst du nach Wollin?“

„Ja, ich wollte mal rüber reiten.“

„Na, dann sehen wir uns beim Frühstück.“

„Ja — beim Frühstück, Onkel Josias.“

Sie schied sich zu, und der eine fuhr, der andere ritt seines Weges, aber die Gedanken des einen wie des andern waren unruhig und zerflatterten und suchten denselben Weg.

Oben Harnbach lehnte noch immer am Fenster ihres Ateliers, blickte in die Landschaft und dachte an den Tag, als sie vor vier Monaten dieselbe Straße in entgegengesetzter Richtung gefahren, mit demselben Gefühl der Bangigkeit vor dem Ungeheuren, das auf sie wartete, gerade wie heute. Aber das Dera, meinte sie, sei ihr nicht ganz so schwer gewesen, und sie begriff nicht recht, warum das so war. Mit weit offenen Augen nahm sie die Landschaftsbilder in sich auf, die vorüberzogen. Die Kronen der Ulmenalleen grühten darüber, der Bart mit seinen schönen stillen Blüten, dem alten Springbrunnen. Dann war der Park zu Ende, u. vor nun kam, waren nur noch weitverbreitete, kahle Felder — die lagen jetzt im klaren Sonnenlicht. Aus irgendeinem Gefühl, das du unten in farbenreichen Herbstblättern eingebettet war, tönte das Klirren der Reiter. Der Ton ätzte durch die stille Luft. Oben hatte das Kamelen mit seinem stillen Bauer liebesonnenen, und es war nun für sie auf immer vorbei.

Rangsam setzte sie sich auf ihren Platz — sie war allein in ihrem Atelier und betrachtete gedankenlos die angebeteten Blätter, die ständigen Voller, u. dann ging der Blick doch wieder hinaus in die Weite.

Es war am Nachmittag, in der fünften Stunde, als sie in Berlin ankam, und als sie den Wagen verließ, hatte sie ein Gefühl, als ob die Wogen der Millionenstadt über ihr zusammenstürzten. Unsicher blickte sie sich um; da trat ein alterer Diener in dunkelbrauner Livree, den Hut in der Hand, an sie heran.

„Das gnädige Fräulein v. Harnbach?“ fragte er; sie bejahte. „Darf ich um den Gefälligkeit bitten.“ Dabei nahm er den die Sandstöße und die Schirme ab. „Wenn gnädiges Fräulein hier die Treue“ hinuntergehen wollten. Ich bin gleich da, der Wagen wartet.“

Als Oben vor das Bahnhofgebäude trat, flutete der Menschenstrom nach allen Richtungen auseinander. Sie stand einen Augenblick still und schaute in das Gedränge; da fiel ihr, seitwärts haltend, ein eleganter Halbpaar auf mit zwei prachtvollen Apfelschimmel. Der Reiter trug dieselbe dunkelbraune Livree wie der Diener, der sie in Empfang genommen. Das war also die Equipage der Tante Eugenie, vermutete sie.

Ein paar Minuten später rollte sie, in die hellleuchten Rissen gefangen, die leichte Staubdecke über den Rücken, durch die verkehrsreichen Straßen des Zentrums, dem grünen, vornehmen Tiergartenviertel zu.

Diese schönen Tiergartenwiesen! Weiter und elegant oder vornehm-ernst, von alten Bäumen umrandet, durch luxuriöse, sorgsam gepflegten Parkanlagen, durch florierende Stores verklärten Parkanlagen und ihren festgeschlossenen Türmchen und Zirkeln, bilden sie eine Welt für sich. Die Welt des Reichs; getrieben von dem Getriebe der Großstadt, wie es sich in den inneren Straßen ausbreitet. Hierher dringt nicht die von Staub, Menschenmenge, von Hof und Hof und sonstigen Schreien verdrängte Luft der inneren Straßen. Hier sieht man nichts von dem Elend und der Verworfenheit der Millionenstadt, hier gibt's keine Mietskasernen und keine feuchten Altbauwohnungen; nur vereinigt sind die Gestalten, denen Reiden und Kraut ihren Stempel aufs abgehörnte und verwilderte Gesicht gedrückt haben. Eine der schönsten Gärten, eigentlich ein kleines Palais, bewohnt Frau Eugenie Varnhagen. Es war ein alter, schloßartiger Bau, durch einen Vorgarten von der Straße getrennt, durch ein wunderbares, schmiedeeisernes Gitter abgetrennt, mit einer stillen, überladenen Einfahrt. Hinter dem Haus dehnte sich ein kleiner Park mit alten Bäumen; da ist der Hof, die Stallungen, Wagentreppen, die Wohnungen für das männliche Personal. Der ganze Zuschnitt der Hausanlage ist aristokratisch vornehm; überall spürt man den Reiz des Besitzes in großzügiger Art, ohne Aufdringlichkeit des Proleten.

Frau Varnhagen steht auf den Stufen der Terrasse, die zum Vordergarten hinabführt. Von der Straße her kann man nichts beobachten von dem vornehmen, reichen Leben, das sich da oben abspielt. Der Vorbau ist überdacht, und die schlanken Säulen sind dicht mit großblättrigem Wein umrankt, der sich noch durch das verdrängte Gitter des Balkons schlängelt, von dem in üppiger Schönheit dunkelgrüne und purpurne Geranienblüten herabhängen. Ein Springbrunnen inmitten eines launigen Rosenparks läßt auf einem hoch emporstehenden Sockel eine kleine Silberfäule tanzen, die im Sonnenschein flimmert und leuchtet.

Eugenie Varnhagen, eine schlaffe, leidige, gealterte Greisin, steht die Hände auf ihren Stock gestützt und schaut dem Wagen entgegen. Sie ist eine Frau, deren Antlitz trotz ihrer fünfundsiebzig Jahre noch deutlich die Spuren einstiger Schönheit zeigt. In den dunklen Augen leuchtet ein fast jugendliches Feuer, und in weicher Fülle umrahmt silberweißes Haar die hohe Stirn, durch einen kostbaren mit Brillanten besetzten Kamm am Hinterkopf zusammengehalten.

Spannung und Erwartung liegt auf ihren Zügen. Endlich! Der Wagen! Er rollt durch die weit aufgeschlossenen Schenkel des Torpfahrs, hält in der Einfahrt vor dem Hause. Durch Eugenie steht ein leises Rütteln. Ein artiges Pflücker in Trauer und eine Fülle roten Saars hatte sie gesehen — dies rote Haar ist das Erbteil von Obens Großmutter, der reizenden Künstlerin Virginia Schneider — Virginia Schneider.

Sie hatte nicht Zeit darüber nachzudenken. Sie hörte leichte Schritte hinter sich, und als sie langsam umwendet, steht Oben vor ihr. Sie schenkenlang rufen ihre Blide auf dem jungen Mädchen, dann streckt sie ihr die Rechte entgegen und ihre Stimme ätzte leise: „Oben Harnbach“, sagte sie, und nochmals „Oben Harnbach.“

15244	Rab. Egebe.	15244
-------	-------------	-------

Danksagung.

Für die allgemeine innige Teilnahme an dem herben Verluste, der uns durch den Heimgang unseres lieben Verstorbenen des Herrn

Hauptlehrers Fixel

betroffen, sagen wir allen unsern herzlichsten Dank. Besonders danken wir dem Hochwürdigen Herrn Dekan Egenolf für die trostreichen Worte am Grabe und dem Herrn Kreisschulrat für seine Teilnahme.

Die zahlreiche Beteiligung der Kolleginnen und Kollegen, der warme Nachruf des Vorsitzenden des Zweigvereins „am Blasiusberg“, des Vertreters der Standesbeamten des Kreises und des Gemeinderates und der Gemeindevertretung, haben uns in unserm Schmerze besonders wohlgegarnt.

Am tröstlichen war die treue Anteilnahme der Schulkinder und die allgemeine, aufrichtige Teilnahme der Einwohner und aller Vereine von Frickhofen. Allen herzlichsten Dank, auch für die zahlreichen Kranzspenden und hl. Messen. (15073)

Die trauernden Angehörigen.

Frickhofen, den 21. November 1920.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme während der langen Krankheit und bei der Beerdigung meiner nun in Gott ruhenden lieben Frau, sowie die zahlreichen Kranzspenden und die Stiftung heiliger Messen sage ich im Namen meiner Angehörigen herzlichsten Dank. (15017)

Johann Zimmermann.

Limburg, den 23. Nov. 1920.

Für die anlässlich unserer Vermählung übersandten Glückwünsche, Geschenke und Telegramme danken herzlichst

Peter Saal und Frau
Elisabetha geb. Höhler.

Villmar, den 21. November 1920.

Rudolf Boedecker
Alice Bacmeister
Vermählte

Emden Limburg (Lahn)
Köln, den 24. November 1920



Kathol. Gesellen-Verein.
Heute Mittwoch
**Religions-
Vortrag.**

19038

Musik-Verein Limburg.

Sonntag, den 28. November, abends
8 Uhr im Saale der „Alten Post“:

KONZERT

Konzertmeister Frl. Therese Sarata, Köln
(Violine),
Frl. Maria Kunz, Frankfurt a. M.
(Alt).

Am Klavier: Herr Alfred Kuermann, Köln,
Herr Paul Meyer, Frankfurt a. M.

Einführungskarten werden am gleichen Tage von
11 bis 12 Uhr in der „Alten Post“ ausgegeben.
15206

Der Vorstand.

Haus- und Grundbesitzer-Verein Limburg.

Sonntag, den 27. November 1920, abends
8 Uhr im „Deutschen Haus“ (Obere Schenke):

Außerordentliche Versammlung.

Tagesordnung:
Besprechung äußerlich wichtiger Lebensfragen des Haus-
und Grundbesitzes.

Alle Haus- und Grundbesitzer (auch Nicht-Mitglieder
des Vereins) sind in ihrem eigenen Interesse zu dieser
Versammlung ebenso herzlich wie dringend eingeladen.
15211

Der Vorstand.

Ia. Rauch-Tabak

Grob-, Mittel- und Feinschnitt, lose und
pakettiert in Paketen à 100 Gramm, per
Pfund von Mk. 15.— versteuert aufwärts.

Grossisten erhalten Rabatt.

Zigarren von Mk. 40.— per 100 aufwärts.

Joseph Kremer,

Tabak- und Zigarren-Fabrik, Limburg.

Gegründet 1844.

13742



Herrn-, Damen- und Kinder- Stiefel

nur prima Qualität.

Garantiert rein Lederbrand-
sohlen und -Kappen.

== Eigene Fabrikation. ==

Vorteilhafteste Preise.

Jos. Eulberg, Limburg

Schuhfabrik-Niederlage

18 Frankfurterstrasse 18

gegenüber dem Postamt.

14934



Für Kinder!

Medizinal-Lebertran,
Lebertran-Emulsion,
Milchzucker,
Kufekes Kindermehl.

Pet. Jos. Hammerschlag.

15076

Belzwaren aller Art

(eigene Anfertigung)

Kolliers, Kragen, Muffen,

Damen-Belzhüte, Herren-Schallkragen.

Reichhaltige Auswahl, prima Ware,
billige Preise. 14056

Joh. Wagner, Kürschner,

Bischofsplatz.

Umänderungen und Reparaturen.

Frucht- und Mehlsäcke

zu billigen Preisen.

Musterkennung gegen Nachnahme.

Gustav Daniel,

Kornpoststraße 6 Coblenz, Telefon 2044

Lager: Röhrstraße 28. 14057

Sofort zu verpachten:

Große Kellereien,

mit 250 qm Bodenfläche, 1000 cbm Rauminhalt
sind neben dem Bahnhof, sofort benutzbar, Gas-
leitung, ebene An- und Abfahrt, Gebäulichkei-
ten und saubere, denther äusserste Lage für jede
Art Geschäft. Bahnstation Nähe Limburg (Lahn)
Offerten unter „Sofort“ Nr. 15199 an die
Expedition.

Zahnpraxis

von

A. Michels, Dentist

Spezialstunden von 8 bis 6.30 Uhr.

Limburg, Tel. 272 Obere Schenke 11

Handläse Delicateßläse

per Stück 80 Bk.

in 1 Bld.-Dosen à 12.

wieder vorrätig. 15227

Rudolf Eulberg,

Limburg, Neumarkt 1.

Tel. 75.

Gausverläufe

und Reklameblätter man
bestellen bei Rudolf Eulberg, Limburg, Neumarkt 1.
Manuskripte werden
nachdem der Verfasser
den Druck des Blattes
bestätigt hat, gegen
Vorschuss von 100 Bk.
in 14 Tagen geliefert.
Die Preise sind in
Kassenschein zu zahlen.

15088

Lege-

stühle.

Futter, alle W.-flügelgeräte

besten Geflügels in Limburg

736, (Def.) Katal. frei.

15088

Restaurant

mit Saalbau, Hinter-
gebäude und Garten

umständelbar sofort zu

verleihen. Erlaubnisse unt.

15129 an die Expedition.

Ein Versuch über uns

zu machen. 13903

Frühling's Dirsch- Backpulver

(Friedens-Quell) unüber-
sehbare Qualität. Verkaufsstelle

P. Frings, Kornstr. 11. und

andere Korn- und Lohmann,

Obere Grabenstraße.

zu verkaufen. 14056

zu verkaufen. 13903

zu verkaufen. 13903

zu verkaufen. 13903

zu verkaufen. 13903

zu verkaufen. 13903

zu verkaufen. 13903

zu verkaufen. 13903

zu verkaufen. 13903

zu verkaufen. 13903

zu verkaufen. 13903

zu verkaufen. 13903

zu verkaufen. 13903

zu verkaufen. 13903

zu verkaufen. 13903

zu verkaufen. 13903

zu verkaufen. 13903

zu verkaufen. 13903

zu verkaufen. 13903

Riesenschlager!

„Linda“

18482

Schuhputz-Creme

in einhalb Pfund Dosen

für Hausierer u. Wiederverkäufer.

Franz Fluck, Limburg,

Obere Grabenstr. 20. Telefon 233.

Schirme

kauft man am vorteilhaftesten bei
Jean Kaiser Nachf.

Limburg, 9 Hospitalstr. 9

Ueberziehen, Reparieren. 14357

Papier-Abfälle Altpapier u. s. w.

kaufen wieder

Gebrüder Goerlach, Limburg (Lahn)

TELEFON 53.

Stenotypist (in)

von Kolonialwaren-Großhandlung in

kleiner Stadt Dessen-Nassau

zum sofortigen Eintritt gesucht.

Nur durchaus perfekte Kräfte, möglichst

branchenmäßig, belieben ausführend. Offerten

mit Gehaltsansprüchen unter Beifügung

von Zeugnis-Abdrücken zu richten unter

3 D. 8 417 an Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.

14821

Für Möbelfabriken u. Schreinermeister

Wir haben unsern Holzgroßlager in Ober-
brechen eine Abteilung für Journiere angegliedert
und unterhalten ein bedeutendes Lager von

Zäge- u. Messerjourniere

in Eiche, Buche, Pappel, Nadel, Kirschbaum,

Birnbäum, Mahagoni u. a. und bitten bei Be-

darf um Befestigung unseres Lagers. 14821

Franz Schlobach, G. m. & S.

Lager Oberbrechen.

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821

14821